



Helga Schwitzer

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

1. Mai: UNSER TAG. Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa.

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2013 in Frankenthal

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich begrüße euch zum 1. Mai, hier auf dem Rathausplatz in Frankenthal. Dieser Tag ist unser Tag. Er ist unser Feiertag!

Heute feiern wir unsere Erfolge, die Erfolge der arbeitenden Menschen – Erfolge, die wir gemeinsam dem Kapital und der Politik abgerungen haben. Deshalb ist und bleibt der 1. Mai auch ein Kampftag. Ich freue mich, dass wir heute auch hier so viele sind.

Wir sind eine große Gemeinschaft. Millionen Menschen auf der ganzen Welt demonstrieren am heutigen Tag für die gleichen Ziele. Für Gerechtigkeit und Menschenwürde, für Frieden und Freiheit, für Demokratie und Respekt.

Wir sind nicht irgendwer und wir sind nicht schwach: Wir sind Millionen, und wir sind gemeinsam stärker als alle Millionäre!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
es findet ein Klassenkampf von oben statt. In Deutschland und in Europa.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist so tief gespalten wie noch nie.

Es arbeiten immer mehr Menschen, aber viel zu viele zu schlechten Löhnen und unter schlechten Bedingungen. Arm trotz Arbeit – das ist die Realität für immer mehr Menschen.

Das ist nicht fair, das ist nicht gerecht – das haben die Menschen und ihre Familien nicht verdient!

Sie sind es wert, dass wir für sie kämpfen und für sie streiten.

Deshalb treten wir heute ein für unsere Ziele unter dem Motto
„Unser Tag: Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa“.

Das ist kein leeres Ritual. Sondern der einzigartige Ausdruck unseres gemeinsamen Strebens für ein besseres, für ein gutes Leben! Ohne Ausbeutung und Not, ohne Krieg, Hass und Gewalt! Dafür kämpfen wir und dafür haben wir uns auch heute hier versammelt.

Viele von Euch haben gekämpft und kämpfen weiter. Als Metallerin begrüße ich ganz besonders die Kolleginnen und Kollegen von KSB und den anderen Metallbetrieben. Wo seid ihr? - Schön, dass Ihr da seid!

Es zeigt sich immer wieder: Wir müssen kämpfen, damit die Arbeitgeber Verantwortung übernehmen. Verantwortung für die Menschen, für ihre Arbeitsplätze. Unsere Betriebe brauchen eine Perspektive und eine Zukunft in der Region. Dafür streiten wir gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen bei König & Bauer, Siemens und Bender.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir vergewissern uns am heutigen Tag auch unserer eigenen Geschichte. Denn wer nicht weiß, woher er kommt, der weiß auch nicht, wohin er geht.

Der vielleicht bedeutendste Sohn dieser Stadt war einer von uns:
Johann Philipp Becker, hier geboren am 20. März 1809 als Sohn eines Schreiners, gelernter Bürstenbinder. Er engagierte sich Zeit seines Lebens für die demokratischen Ideale. Für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. 1832 nahm er teil am Hambacher Fest und unterstützte die radikal-demokratische Bewegung seiner Zeit. Vor allem die badische Revolution im Mai 1849.

Wir alle wissen, dass diese Revolution niedergeschlagen wurde. Und dass es noch mehr als ein Menschenleben dauerte, bis im November 1918 die Herrschaft von Kaiser und Adel gebrochen und die erste bürgerliche Demokratie in Deutschland errichtet wurde.

Die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften waren so etwas wie die Geburtshelfer dieser Demokratie. Wir haben damals das allgemeine Wahlrecht, den Acht-Stunden-Tag und die Mitbestimmung erkämpft und verwirklicht.

Aber es gehört zu den besonders schmerzhaften Kapiteln unserer Geschichte, dass wir es damals nicht geschafft haben, die Demokratie in aller Entschlossenheit gegen ihre Feinde von rechts zu verteidigen.

Vor 80 Jahren, im Januar 1933, übernahm die Nazi-Partei mit großer Unterstützung vor allem der Kohle- und Stahlbarone die Staatsgewalt. Es war ihre erste Bestrebung, die organisierte Arbeiterbewegung und damit die Demokratie zu zerschlagen und zu beseitigen.

Zuerst wurden die Kommunisten verhaftet, dann wanderten die Sozialdemokraten und alle anderen Antifaschisten und Andersdenkenden in die Konzentrationslager. Anstatt sich in gemeinsamer Aktion gegen die Nazis zu stellen, versuchten die Gewerkschaftsspitzen ihren Frieden mit dem neuen Regime zu machen. Es ging ihnen wohl um die Rettung der eigenen Organisation. Dafür waren sie sogar bereit, sich mit dem Teufel zu verbünden. Allein, der Teufel hatte einen anderen Plan: Am Vormittag des 2. Mai 1933 wurden mit einem Schlag die Gewerkschaftshäuser von SA und SS besetzt. Das gesamte gewerkschaftliche Vermögen wurde beschlagnahmt. Mehr als hundert leitende Funktionäre in „Schutzhaft“ genommen.

Hier in Frankenthal waren bereits am 12. März die beiden Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Christian Thumm und Georg Römuß verhaftet worden. – Über 800 Schutzhaftgefangene in der Pfalz wurden in die provisorischen KZ's nach Landau, Enkenbach und Neustadt verschleppt. Das Frankenthaler Gefängnis war so überfüllt, dass aus Platzgründen sogar Häftlinge entlassen wurden.

Das Ende der freien Gewerkschaftsbewegung war mit dem 2. Mai 1933 besiegelt. Die einst so starke Organisation zerschlagen, ihre Mitglieder recht- und schutzlos ausgeliefert. Die finstere Nacht des Faschismus senkte sich auf Deutschland. Die Ausschaltung jeder Opposition, die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden und Millionenfaches Leid und Tod im 2. Weltkrieg waren die Folge.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
aus dieser vernichtenden Niederlage haben wir gelernt. In den Folterkellern der Gestapo und in den Konzentrationslagern entstand die Einheitsgewerkschaft, wie wir sie nach Faschismus und Krieg aufgebaut haben. „Nie wieder“ war und ist die Lehre aus unserer Geschichte.

Und diese Lehre ist aktueller denn je: Immer wieder, so auch an diesem 1. Mai, versuchen die Neonazis unseren Tag durch eigene Demonstrationen zu

missbrauchen. In Frankfurt am Main hat die NPD einen Aufmarsch „gegen Euro und Großkapital“ angekündigt. Der dortige SPD-Oberbürgermeister Peter Feldmann hat die Demonstration verboten. Dennoch hat das Gericht auf Antrag der NPD erlaubt, am Ostbahnhof in der Nähe des Neubaus der EZB zu demonstrieren. Wir werden gemeinsam mit vielen Bürgerinnen und Bürgern zur Stelle sein und uns den Nazis in zivilem Widerstand in den Weg stellen.

Ihr habt selbst vor einigen Jahren, als die Neonazis hier in der Pfalz aufmarschierten, bewiesen, wie das gelingen kann! Ich begrüße es ausdrücklich, dass auch der hiesige Oberbürgermeister Theo Wieder von der CDU an dieser Stelle seine Unterstützung für den friedlichen Protest der Bürgerinnen und Bürger gegen die Provokationen vom rechten Rand zum Ausdruck gebracht hat. Das ist auch keine Frage von Parteien. Da müssen wir alle zusammenstehen, um unsere Freiheit und unsere Demokratie vor deren Feinden zu schützen. Bunt statt braun – und keinen Fußbreit den Faschisten, weder am 1. Mai noch an irgendeinem anderen Tag im Jahr!

Und ich sage auch: Die NPD muss endlich verboten werden! Es darf nicht länger sein, dass diese Partei für ihre menschenverachtende Propaganda auch noch staatlich alimentiert und von unseren Steuergeldern finanziert wird. Es ist beschämend, dass sich der Bundestag nicht dem Verbotsantrag der Länderkammer anschließen wollte. Denn: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das wissen wir nicht erst seit den schrecklichen Morden der Nazi-Terroristen vom NSU.

Wir brauchen nicht nur einen antifaschistischen Konsens in diesem Land. Wesentliche Ursache für Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Neonazismus ist die Aufkündigung des sozialen Friedens in diesem Land. Es ist der permanente Klassenkampf von oben.

Die Marktgläubigkeit der letzten Jahrzehnte hat den Staat in Deutschland an den Rand seiner finanziellen Handlungsfähigkeit gebracht. Er wurde von den Staatsfeinden in Wirtschaft und Politik systematisch ausgeplündert. Und ausgerechnet die FDP, der der Kahlschlag gar nicht schnell und weit genug

gehen konnte, ist besonders schamlos bei der Selbstbedienung mit gut bezahlten Beamtenposten.

Doch nicht nur das: Steuergeschenke für Hotels, Vermögende und Spitzenverdiener haben zu einer chronischen Unterfinanzierung der öffentlichen Hand und daraus folgenden selbstauferlegten Ausgabenkürzungen geführt. Ich sage nur: Schuldenbremse!

Nicht mehr eine soziale Marktwirtschaft, sondern nackter Marktradikalismus, soziale Ausgrenzung und Kapitalismus pur ist die Devise.

Es ist das System der Umverteilung von unten nach oben, von arm zu reich. Das müssen wir ändern. Dieses System müssen wir durchbrechen. Es verstößt gegen die Würde des Menschen, die durch die Verfassung geschützt ist.

Mit der Agenda-Politik der damaligen Regierung Schröder, mit den Hartz-Gesetzen ist die Bundesrepublik in den vergangenen zehn Jahren grundlegend verändert worden. Aber nicht zum Guten, wie Merkel und Westerwelle immer noch behaupten, sondern zum Schlechten, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Hartz IV, das ist Armut per Gesetz. Das ist nicht nur an dem jüngsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung klar erkennbar. Auch wenn die Sozialschmarotzerpartei FDP dafür gesorgt hat, dass der Bericht an einigen Stellen umgelogen wurde, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig gelassen hatten.

Geld ist in Deutschland zwar mehr als genug vorhanden. Es ist allerdings immer ungerechter verteilt.

Während die Einkommen der Mittelschicht stagnieren und die der unteren Einkommensbezieher gesunken sind, hat der Reichtum der obersten zehn Prozent unaufhörlich zugenommen.

Die reichsten zehn Prozent besitzen über die Hälfte des Gesamtvermögens in Deutschland. Während sich dieses Vermögen in den letzten fünf Jahren auf Kosten der Allgemeinheit verdoppelt hat, ist der deutsche Staat um 800 Milliarden ärmer geworden.

Dieses Geld fehlt uns allen für Bildung, Infrastruktur, für unsere Gesundheitsversorgung und für unsere Renten. Gerade hat das Diakonische Werk beschlossen, wichtige Stellen für die Schuldner, die Erziehungs- und Suchtberatung in der Pfalz dicht zu machen. Begründung: Zu wenig Geld für die vielen Tausend Menschen, die sich in schwierigen persönlichen und materiellen Lebenslagen befinden, und diese sozialen Einrichtungen dringend brauchen. Das kommt dabei heraus: Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten!

Ich fordere die Evangelische Landeskirche dringend auf, sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu stellen und gemeinsam mit dem Diakonischen Werk den Erhalt der Beratungsstellen zu garantieren! Menschen müssen menschlich behandelt werden. Es darf nicht sein, dass Menschen immer öfter nur noch als „Kostenstellen mit zwei Ohren“ gesehen werden!

Jahrelang wurden die Steuern für die Besserverdienenden gesenkt und die Vermögenssteuer abgeschafft, damit das angeblich „scheue Reh“ Kapital nicht ins Ausland flüchte.

Allein im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends ist die Steuerbelastung auf Arbeit um 4,3 Prozent gesunken, die Unternehmen sind dagegen um mehr als 23 Prozent entlastet worden. Dafür sind allein die Steuern auf unseren Konsum um 3 Prozent gestiegen. Allein der Preis für einen halben Liter Bier vom Fass ist seit der Umstellung auf den Euro übrigens im Durchschnitt von 2,20 auf 2,85 Euro gestiegen. Das sind rund 30 Prozent mehr – das schlägt doch dem Fass den Boden aus, im wahrsten Sinne des Wortes, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Eine gigantische Umverteilungsmaschine ist da am Werk. Mit Gerechtigkeit hat das nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun. Genauso wie Diebstahl nichts mit Edelstahl zu tun hat.

Das scheue Reh hat Gesichter und Namen! Herr Hoeneß ist nur das aktuellste und momentan das prominenteste schlechte Beispiel. Ich frage Euch, ist es überhaupt möglich mit seiner Hände Arbeit ein solches Vermögen hier im Lande anzuhäufen? Dann aber auch noch so unverfroren zu sein, es noch nicht mal hier zu versteuern:

Das ist kein Kavaliersdelikt – das ist Betrug. Das ist Diebstahl an uns allen. Wir können und werden das nicht hinnehmen, Kolleginnen und Kollegen.

Europa steckt in einer tiefen Krise. Überall in den Ländern des Südens haben die entfesselten Finanzmärkte eine Schneise der Verwüstung hinterlassen: Aus der einstigen Bankenkrise ist längst eine soziale Krise geworden.

Die Arbeitslosigkeit in der Eurozone hat einen Rekordwert erreicht.

In Griechenland ist jeder Vierte ohne Arbeit, von den jungen Menschen knapp 60 Prozent. In Spanien oder Italien sieht das nicht viel anders aus.

Schaut euch einmal um hier auf dem Platz und stellt euch vor, wie das wäre: Jeder vierte Erwachsene und mehr als jeder zweite Jugendliche ohne Arbeit.

Da muss man sich nicht wundern, wenn jetzt soziale Unruhen befürchtet werden.

Nein, Kolleginnen und Kollegen, wir fürchten diese Unruhen nicht. Wir haben rechtzeitig davor gewarnt. Denn es ist die logische Folge, wenn Menschen in bittere Armut und Verzweiflung gestürzt werden. Wenn sie ihre Wohnung verlieren. Wenn sie ihre Arztrechnung nicht mehr bezahlen können. Ja, es kehrt sogar der Hunger zurück nach Europa! Das haben die Menschen in den Krisenländern nicht verdient!

Das Kürzen und Sparen trifft nicht diejenigen, die die Krise verursacht haben.

Die Staatsschuldenkrise ist eine Folge der Bankenkrise, der hemmungslosen Zockerei auf den Finanzmärkten.

Aber sie trifft die Beschäftigten, die Erwerbslosen, die Rentnerinnen und Rentner.

Die Bevölkerung im Süden Europas verarmt.

Sie bezahlt den Preis für die Rettung der Guthaben der Reichen in der Bankenkrise.

Der Angriff auf die Löhne beschränkt sich nicht auf die Krisenländer.

Längst überwacht die EU-Kommission die Lohnentwicklung in ganz Europa.

Auch unsere grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie hat Brüssel längst ins Visier genommen.

Seit dem Beginn der Eurokrise mischt sich die EU-Kommission immer stärker in die Tarifpolitik ein. Das ist eine Kampfansage an die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften! Hände weg von unseren Tarifverträgen, sage ich da nur!

Mit dem sogenannten europäischen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit sollen die Krisenländer das Arbeitsrecht schleifen, Löhne senken und die Gewerkschaften schwächen.

Man will die Krise nutzen, um Europa grundlegend umzubauen und auf neoliberalen Kurs zu zwingen. An diesem Abbau von Arbeitnehmerrechten und sozialem Kahlschlag arbeitet die EU mit Hochdruck.

Dabei trägt die Agenda-Politik, die Deutschland den anderen Ländern aufgezwungen hat, nicht nur nicht zur Lösung der Probleme bei – sie ist selbst Teil des Problems. Und was weiterhin verschwiegen wird: Eine Politik, die dazu führt, dass es vielen Menschen in Europa schlecht geht, wird auch auf die Situation in Deutschland zurückschlagen.

Oder glauben wir ernsthaft, dass in Deutschland produzierte Waren dauerhaft in andere Länder exportiert werden können, wenn diese Länder sie nicht mehr bezahlen können? Die Wahrheit ist: Alle bisherigen Rettungsprogramme der Troika – das ist das Dreigespann von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds - haben nicht die Rettung der jeweiligen Volkswirtschaften oder gar der Bevölkerung des Südens zum Ziel. Gerettet wird mit Milliardenbeträgen, die wir alle bezahlen müssen, lediglich der Schuldendienst an die Banken des Nordens. Nach oben wird umgescheffelt. Und nach unten wird diktiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
das kann, das darf so nicht weiter gehen.

Wir Gewerkschaften wollen Europa sozialer und demokratischer machen.

Wir wollen ein Europa für die Menschen und nicht für die Banken!

Wir treten ein für mehr Beschäftigung und gute Arbeit.

Soziale Mindeststandards, die allen Beschäftigten in Europa ein Mindestmaß an sozialem Schutz gewährleisten, sind mehr denn je notwendig, um Lohn- und Sozialdumping zu verhindern. Wir fordern außerdem ein Sofortprogramm gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Die Jugend Europas in den Krisenländern braucht eine faire Chance auf gute Arbeit und ein gutes Leben!

Es wird höchste Zeit, dass wir uns gemeinsam gegen die Ausplünderung unseres Gemeinwesens wehren. In Europa, aber auch in Deutschland! Das geht aber nicht mit einer obskuren Professorenpartei wie der „Alternative für Deutschland“, die sich vor wenigen Wochen als Anti-Euro-Partei gegründet hat. Die sehen doch nur ihre Nerzmäntel davon schwimmen, denen geht es gar nicht um mehr Demokratie, denen geht es nicht um wirkliche Alternativen.

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Da steht nicht: „Alle Macht geht von den Märkten aus.“ Deshalb fordern wir von der Bundesregierung, das Grundgesetz zu achten und nicht das Profitgesetz. Was heißt fordern? Nein - wir erwarten es! Die Bundesregierung ist verpflichtet, die Verfassung einzuhalten!

Vielleicht sollten wir mal den Verfassungsschutz einschalten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dann hätten die mal eine sinnvolle Aufgabe. Denn wenn die Banken systemrelevant sind, dann muss man sie doch auch vor sich selbst schützen.

Mit Verlaub: Setzen Sie endlich die Finanzmärkte unter Druck, Frau Merkel – und nicht die Sozialstaaten! Machen Sie endlich ernst mit der Steuer auf Finanztransaktionen, um die Krisenverursacher an den Kosten der Krise zu beteiligen!

Wir wollen kein neoliberales Europa des Kapitals und einer abgehobenen Eurokratie. Wir brauchen ein ganz anderes, ein soziales Europa:

Wir brauchen einen radikalen Politikwechsel, einen Marschall-Plan für Europa: Verschuldete Staaten müssen durch faire Zinsen und öffentliche Investitionen unterstützt werden.

Und die Menschen müssen bei grundlegenden Entscheidungen befragt werden.

Wir brauchen mehr Demokratie und keine Diktatur der Finanzmärkte.

Die Reichen und Vermögenden müssen endlich mehr Steuern zahlen. Die Steuerschlupflöcher müssen gestopft, die Steueroasen ausgetrocknet werden.

Hier bei uns, in Europa und letztlich in der ganzen Welt!

Kolleginnen und Kollegen,

Stellen wir uns gemeinsam gegen die wirtschaftliche und soziale Spaltung in Europa und gegen die Spaltung der Menschen. Die europäische Idee ist zu wertvoll, als dass wir sie aufs Spiel setzen. Dafür ist die Vergangenheit mit Hass und Kriegen zu schmerzvoll. Das wisst Ihr hier in der Nachbarschaft zu Frankreich ganz besonders.

Nie wieder Krieg, in Europa nicht und nirgendwo. Auch an diese gewerkschaftliche Grundposition will ich am heutigen Tag der Arbeit erinnern.

Für Kriege und bewaffnete Konflikte gibt es viele Ursachen. Aber eins steht fest: Kriege brechen nicht aus wie ein Vulkan. Sie werden gemacht.

Deutschland stand 2012 wie schon in den Vorjahren an dritter Stelle der Rüstungsexportländer. Nach den USA und Russland. Das darf doch nicht wahr sein, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Für die Menschen tun sie nix, bei der Rüstung sind sie fix.

Wir wollen nicht, dass das so weitergeht.

Mit größter Sorge blicken wir auf den Bürgerkrieg in Syrien, die Auseinandersetzungen zwischen Israel und Iran, die Kämpfe in Mali und nicht zuletzt die gefährlichen Entwicklungen in Ostasien.

Für all diese Konfliktherde gilt:

Militärische Interventionen sind keine Lösung. Sie sind höchst riskant und gießen Öl ins Feuer des jeweiligen Konfliktes. Und deshalb sagen wir Nein zu wie auch immer gearteten militärischen Interventionen!

Rüstung tötet, auch im Frieden.

Deshalb lautet eine wichtige Botschaft dieses 1. Mai:

Nein zum Krieg, nein zu Rüstungsexporten, ja zu Abrüstung!!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer die Welt in Ordnung bringen will, muss zu Hause beginnen.

Anders als in vielen Ländern Europas geht's der Wirtschaft in Deutschland gut. Die Vorstände und Manager der großen Kapitalgesellschaften haben sich bereits mit Millionen-Gehältern bedient. Denn die Renditen sind überdurchschnittlich gut. Das gilt auch für die Metall- und Elektroindustrie. 3,9 Prozent betrug die Netto-Rendite im vergangenen Jahr. Das war das drittbeste Ergebnis in den letzten zehn Jahren.

Und was ist mit den Beschäftigten? Geht es nach den Arbeitgebern, dann ist für die Beschäftigten anscheinend nichts mehr übrig, Kolleginnen und Kollegen,

Die Metall-Arbeitgeber haben in der zweiten Verhandlungsrunde ein Angebot gemacht: Die Beschäftigten sollen für Mai und Juni 2013 auf jegliche Einkommenssteigerungen verzichten. Ab Juli soll es dann für 11 Monate um 2,3 Prozent höhere Einkommen geben. Damit würden die Einkommen - bezogen auf 12 Monate - nur um 1,9 Prozent steigen. Je nach Inflationsrate würde das zu Reallohnverlusten für die Beschäftigten führen.

Das ist eine dreifache Nullnummer, Kolleginnen und Kollegen!

Nullkommanichts für Mai und Juni und anschließend Null Reallohnsteigerung – damit lassen wir sie nicht durch die Tür. Solide bis steigende Auftragslagen und Gewinne, da muss auch für die Beschäftigten ein ordentliches Plus drin sein. Nur mit einem starken Einkommensplus gibt es auch einen ordentlichen Wachstumsimpuls - in Deutschland und in Europa.

Es bleibt eine tiefe Kluft zwischen dem Arbeitgeber-Angebot und unserer Forderung. Während die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie über 50 Milliarden Euro Profite in der laufenden Bilanzperiode ausweisen, sollen die 3,7 Millionen Beschäftigten der Branche keinen realen Lohnzuwachs haben. Das passt nicht zusammen. Und im Übrigen auch gar nicht zu den Abschlüssen in anderen Branchen.

Ich gratuliere an dieser Stelle ganz ausdrücklich den Kolleginnen und Kollegen bei der Post und auch den Bauleuten zu ihren guten Ergebnissen! Ob mit oder ohne Streik – es zählt, was hinten dabei rauskommt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Fakt ist: Reallohnzuwächse sind nicht nur finanzierbar und gerecht. In unserer Situation sind sie auch ökonomisch notwendig. Denn sie stützen die Konjunktur. Wir wollen unseren gerechten Anteil – das wollen sie uns verwehren! Wir haben die Faxen dicke, Kolleginnen und Kollegen!

Heute ist die Friedenspflicht in der Metall- und Elektroindustrie beendet: 5,5 Prozent mehr Geld, dafür gehen ab morgen früh tausende Metallerinnen und Metaller in den Warnstreik. Bereits heute Morgen um 0.01 Uhr haben die ersten Nachtschichten die Brocken hingeschmissen.

Das ist die richtige Antwort auf die Provokation der Arbeitgeber!

Schon während der Friedenspflicht sind rund 35.000 Metallerinnen und Metaller auf die Straße und vor die Verhandlungslokale gezogen. Von Bayern bis zur Küste waren wir in Aktion. Und nach diesem Angebot der Arbeitgeber werden ab morgen, 2. Mai, hunderttausende Kolleginnen und Kollegen in Warnstreiks und vor die Werkstore ziehen. Die Arbeitgeber müssen noch ordentlich was drauflegen.

Dafür brauchen sie Druck – Warnstreik-Druck, Kolleginnen und Kollegen. Wer unsere Argumente nicht hören will, muss fühlen!

Noch immer gilt das alte Tuben-Prinzip: Nur wenn wir unten kräftig drauf drücken kommt oben etwas raus.

Das gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel und bei der Lufthansa, für die Gebäudereinigerinnen und Gebäudereiniger der IG BAU genauso wie für die Kolleginnen und Kollegen im Kfz-Handwerk, die für ihre Tarifverträge und für vernünftige Lohnerhöhungen kämpfen!

Ein Plus für uns ist ein Plus für alle.

Deshalb fordere ich Euch alle auf:

Unterstützt die kämpfenden Kolleginnen und Kollegen!

Unterstützt die warnstreikenden Metallerinnen und Metaller, zeigt euch solidarisch!

Sie kämpfen gegen prekäre Arbeit und für Verteilungsgerechtigkeit!

Sie kämpfen für uns alle!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen für alle Menschen ein gutes und sicheres Einkommen und ein Leben in Würde!

Und wir wollen, dass wir alle eine Arbeit finden, die uns ausfüllt, die unserem Leben einen Sinn gibt, die uns zufrieden macht und nicht zu Bittstellern herabwürdigt.

Unser Ziel ist klar: Wir fordern eine neue Ordnung der Arbeit.

Wo wir können, gestalten wir sie mit unserer Tarifpolitik selbst. Es ist gut, dass es im Friseurhandwerk bald einheitliche und verbindliche Mindestlöhne geben wird!

Doch auch die Politik muss handeln, denn sie ist verantwortlich für den Super-Gau, den unser Arbeitsmarkt erlebt hat. Denn auf dem Arbeitsmarkt ist längst nicht alles Gold was glänzt.

Wo neue Arbeitsplätze entstehen, da sind sie oft befristet, unsicher und schlecht bezahlt. Vor allem Berufseinsteiger werden in unsichere Beschäftigungsketten abgedrängt.

Arbeit war einst Quelle von Wohlstand für Viele.

Heute ist sie Quelle von Armut für immer mehr: Niedriglöhne breiten sich in Deutschland immer weiter aus.

Inzwischen arbeiten rund fünf Millionen Menschen zu Stundenlöhnen unter 8,50 Euro, mehr als eine Million sogar zu Stundenlöhnen unter 5 Euro.

8 Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor!

Von solchen Hungerlöhnen kann niemand leben - und Altersarmut ist damit vorprogrammiert.

Immer mehr Menschen beziehen Hartz IV – trotz Arbeitslosengeld oder trotz Arbeit.

Die Steuerzahler kostet das Aufstocken der Hungerlöhne auf Hartz-IV-Niveau sieben Milliarden Euro im Jahr. Wir finanzieren diesen Extraprofit der Unternehmer mit unseren Steuergeldern!

Das ist unverschämt. – Das ist ein Skandal, Kolleginnen und Kollegen!

Und Leiharbeit, Werkverträge und Befristungen legen zu.

Ich frage: Wie sollen junge Menschen ihr Leben aufbauen, wenn alles unsicher ist?

Wie sollen sie eine Familie gründen, wenn ihnen die Angst vor dem

Arbeitsplatzverlust im Nacken sitzt?

Wer keine feste Beschäftigung vorweisen kann, der kriegt doch nicht mal einen Kredit bei der Sparkasse!

Nein, Lohndumping, prekäre Arbeit und Sozialabbau sind keine Merkmale einer modernen Wirtschaft. Sie sind ein sozialstaatlicher Skandal.

Das kann, das darf so nicht weiter gehen.

Natürlich wollen wir als Gewerkschaften gute Tarifabschlüsse machen.

Aber dort, wo die Arbeitgeber sich verweigern, braucht es gesetzliche Maßnahmen.

Deshalb fordern wir den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro!

Und wir wissen: Die Mehrheit der Menschen unterstützt unsere Forderung!

Das hat inzwischen selbst die FDP kapiert.

Die neue Bundesregierung – wie immer sie aussehen wird – muss und wird nach der Bundestagswahl liefern!

Unwürdige Zustände wie bei Amazon müssen unterbunden werden.

Sie sind ja auch nur die Spitze des Eisberges!

Ihr könnt euch darauf verlassen, dass wir alles daran setzen, die Leiharbeit endgültig aus der Billig-Ecke herauszuholen!

Uns ist es schon gelungen, bei der Leiharbeit Pflöcke einzuschlagen.

Wir haben einen Mindestlohn in der Leiharbeit erkämpft. Und wir haben Tarifverträge abschließen können, die dem Ziel „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ deutlich näher kommen.

Aber kaum haben wir bessere Bedingungen durchgesetzt, da kommen die

Arbeitgeber mit neuen Tricks: Leiharbeit ist zu teuer? Dann weichen sie aus auf

Werkverträge. Kolleginnen und Kollegen, wo soll das noch hinführen, wenn nur noch „Geiz ist geil“ angesagt ist?

Die Politik muss dem endlich einen Riegel vorschieben und nicht nach dem Motto verfahren: Hauptsache Arbeit, egal ob man davon leben kann. Lesen die Damen und

Herren eigentlich keine Zeitung?

Die Frankfurter Rundschau berichtet Mitte April über die „Tricks der Schlachthöfe“. Viele Betriebe – nicht nur im Fleischgewerbe – zahlen Dumpinglöhne und werden dafür vom Staat noch belohnt. Weil der Einsatz von Werkvertragsunternehmen sogar noch von der Steuer abgesetzt werden kann und im Fall energieintensiver Produktion dazu führt, dass die Betriebe sich von der sogenannten EEG-Umlage befreien lassen können. Und das alles bei Stundenverdiensten unter fünf Euro und ohne Sozialabgaben!

Nicht nur die Dumpinglöhne sind ein Skandal.

Wir subventionieren diesen legalen Betrug auch noch mit steigenden Energiepreisen. Denn wenn die Unternehmen bei den Strompreisen entlastet werden, steigt für uns alle die Umlage. Das ist ein Wahnsinn mit Methode, Kollegen und Kollegen, damit muss Schluss sein! Dagegen wehren wir uns!

Wir brauchen die Energiewende, aber sie muss auch bezahlbar sein. Nicht nur für die Konzerne, sondern für die Menschen! Dafür treten wir ein.

Auch in der Alterssicherung brauchen wir einen Kurswechsel.

Sichere Renten sind für uns eines der Hauptthemen in diesem Wahljahr.

Denn immer mehr Menschen sind vom sozialen Abstieg im Alter bedroht.

Jahrelange Rentenkürzungen, Massenarbeitslosigkeit und die Ausbreitung von Niedriglöhnen sowie schlechter und unsicherer Arbeit haben sich auf das Rentenniveau ausgewirkt.

Mit dieser Rentenpolitik geht es darum, der privaten Versicherungswirtschaft die Hasen in die Küche zu jagen – wie der ehemalige Kanzleramtsberater von Helmut Schmidt, Albrecht Müller, einmal sagte.

Um diese Politik durchzusetzen, wird die Realität verbogen. Da werden Beschäftigungsquoten Älterer schön geredet und da wird die Arbeitswelt umgedeutet. Gesamtmetall bestreitet einfach das Problem und behauptet, die Erde sei eine Scheibe. Der insgesamt niedrige Grad der Beschäftigung älterer Mitarbeiter liege nicht an den Arbeitsbedingungen, sondern sei das Ergebnis früherer Vorruhestandsprogramme.

Ich kann den rentenpolitischen Schreibtischtätern nur empfehlen:

„Schauen Sie nicht auf Statistiken, gehen Sie in die Betriebe und Verwaltungen. Die schöne neue Arbeitswelt für die Alten ist eine Fata Morgana!“

Nicht mehr ältere Beschäftigte, sondern mehr ältere Arbeitslose und gekürzte Renten – das sind Folgen höherer Altersgrenzen!

Wir bleiben dabei: Die „Rente mit 67“ ist eine grandiose Fehlentscheidung in der Geschichte der Sozialpolitik.

Sie fördert Arbeitslosigkeit und Altersarmut. Da bleibt zum Sterben zu viel, und zum Leben zu wenig!

Flexible Ausstiegsoptionen statt Rente ab 67 – das ist unser Ziel.

Und die „Rente ab 67“ – die muss weg! Basta!

Kolleginnen und Kollegen,

es gibt Alternativen zu dieser verfehlten Rentenpolitik.

Warum führen wir keine Erwerbstätigenversicherung ein, in die alle einzahlen? Auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Parlamentarier?

Warum erhöhen wir nicht die halbe-halbe durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanzierten Beitragssätze, anstatt die Lasten einseitig auf die Beschäftigten zu verschieben?

Beides würde Geld bringen. Geld um die Renten zu erhöhen und um einen vorzeitigen Ausstieg ohne Abschläge zu ermöglichen.

Wir Gewerkschaften wollen auch im bestehenden System das Rentenniveau absichern. Dazu schlagen wir den Aufbau einer Demografiereserve vor. Das kostet den Durchschnittsverdiener nur wenige Euro Rentenversicherung im Monat mehr. Aber damit kann das Rentenniveau stabilisiert, die Erwerbsminderungsrenten verbessert und sogar die Rente mit 67 ausgesetzt werden.

Für uns Gewerkschaften gilt:

Rente muss zum Leben reichen! Und zwar zu einem guten Leben!

Dafür kämpfen wir!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Zeiten sind schwierig, für wichtige Ziele gilt es zu streiten:

Für gute Arbeit, gesellschaftliche Solidarität und soziale Demokratie!

Manchmal fragt man sich:

Wer soll das alles durchsetzen, wer hat die Kraft und den Mut?

Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir!

Eine soziale Bewegung, starke Gewerkschaften und ein breites Bündnis der Solidarität.

Wenn wir nur auf die Politik vertrauen und unsere Interessen nicht selbst in die eigene Hand nehmen, dann werden wir nichts erreichen. Dann bleiben unsere Apelle ungehört, unsere Vorschläge unerfüllt.

Diesen Kampf werden wir führen müssen, den wird uns keiner abnehmen. Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Kolleginnen und Kollegen,

vielleicht wächst in diesen Kämpfen ja auch die Erinnerung daran, dass wir als Gewerkschaftsbewegung einmal für ein weitergehendes Ziel angetreten sind.

Eine Gesellschaft, in der Solidarität und Humanität nicht immer wieder gegen die Profit- und Machtinteressen gesellschaftlicher Minderheiten durchgekämpft werden müssen.

Eine Gesellschaft jenseits der Zwänge des Kapitalismus.

Für dieses Ziel ist die Arbeiterbewegung einst angetreten.

Ein altes Ansinnen, aber zugleich das aktuellste, das ich kenne.

Jetzt geht's los, Kolleginnen und Kollegen!

Lasst uns die anstehenden Tarifaueinandersetzungen nutzen.

Lasst uns gegen die weitere Privatisierung öffentlicher Leistungen kämpfen.
Lasst uns die Bundestagswahlen zum Anlass nehmen,
um deutlich zu machen:

Die Zeit ist reif für einen Politikwechsel!

Wir brauchen Frieden, Demokratie und Soziale Gerechtigkeit!

Dafür lohnt es sich allemal zu kämpfen.

Und dafür lasst uns jetzt auch noch zusammen feiern, an unserem Tag.

Es lebe der 1. Mai! - Glückauf!